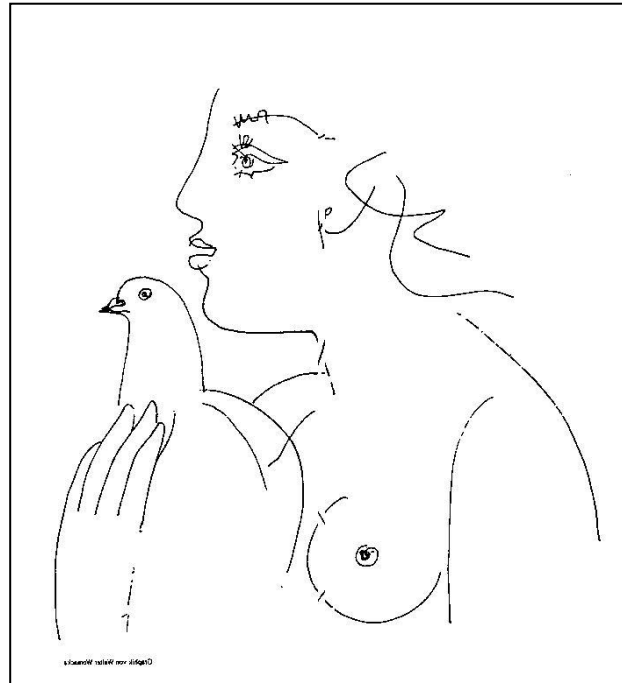


Nr. 207



# **Gründung und Untergang der DDR als Wendepunkte europäischer Geschichte**

von

**Egon Krenz**

Gastvorlesung an der Staatlichen Universität in St. Petersburg am  
17. November 2016

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

für die Einladung zu dieser Vorlesung danke ich herzlich.

Es ist mir eine Ehre und ich freue mich, Gast Ihrer traditionsreichen Universität zu sein. St. Petersburg – Leningrad – das sind für mich nicht nur Städtenamen. Es sind Synonyme für Russlands Ehre, für die Kraft seiner Menschen, für den Glauben an die Zukunft.

Hier begann vor nunmehr 99 Jahren die Oktoberrevolution, die die Welt erschütterte und veränderte. Auch wenn es Historiker und Politiker gibt, die sie inzwischen als «Staatsstreich», als «Putsch» oder «Aufruhr» herabwürdigen, ist sie nach meiner Überzeugung jene Revolution, die nach der Französischen von 1789 von der Geschichte zu Recht das Attribut «Große» erhielt.

In dieser Stadt kämpften die Leningrader gegen die faschistische Barbarei. Mehr als eine Million von ihnen starben. Sie gaben ihr Leben im Kampf gegen ein menschenverachtendes System. Ohne ihren Opfermut würden wir uns hier und heute nicht treffen können.

Wenn ich mich trotz mangelnder Sprachpraxis bemühe, meine Gedanken in Ihrer Sprache vorzutragen, möchte ich damit meine Verbundenheit mit Russland ausdrücken, das als Teil der Sowjetunion den größten Beitrag für die Befreiung Europas vom Faschismus geleistet hat. Seit meiner Kindheit ist mir Ihr Land nahe wie mein eigenes.

Man hört im Nachhinein manch Kritisches über das Verhältnis der Sowjetunion zur DDR und umgekehrt. Ich behaupte dennoch: Beide Länder haben Epochales geleistet, damit Russen und Deutsche sich nach dem Zweiten Weltkrieg wieder näherkamen. Viel mehr, als nach 1991 anerkannt wird.

Als Heranwachsender habe ich noch Plakate der Nazis gesehen, auf denen Russen mit einem Messer im Mund als «Untermenschen» gezeigt wurden. Selbst in der Bundesrepublik gehörte und gehört es noch zur Staatsdoktrin, dass die «Gefahr aus dem Osten», also aus Russland, droht.

Für den ersten Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, begann Sibirien gleich hinter der Elbe, also dort, wo nach dem Zweiten Weltkrieg die sowjetisch besetzte Zone anging.

Für ihn und seine Gesinnungsfreunde war die DDR ein „Satellitenstaat“, ein „Agent des Kreml“, ein „verlängerter Arm Moskaus“ und damit für den Westen genauso gefährlich wie die UdSSR selbst.

Wenn 1990 das Verständnis vieler Russen für die deutsche Einheit vorhanden war, dann auch deshalb, weil die DDR das Wort «Deutscher» befreit hatte von Völkerhass und Aggression. Für viele DDR-Bürger war der Begriff «Sowjetmensch» identisch mit dem Wort «Freund». Es gibt ein wunderschönes Komsomollied «Дружба – Freundschaft» mit dem Versprechen: «Всегда мы вместе, всегда мы вместе, ГДР и Советский Союз!»

Die Geschichte hat diese vielversprechende Entwicklung gestoppt: Es gibt keine Sowjetunion und es gibt keine DDR mehr. Aber Werte wie Freundschaft, Solidarität, gegenseitige Achtung und menschliche Nähe, die die Bürger der UdSSR und der DDR verband, sind nicht veraltet.

Ein Blick in **Ihre** Gesichter verrät, dass die Mehrheit von Ihnen zu einer Generation gehört, die in der Hoffnung aufgewachsen ist: Kriege sind kein Naturgesetz. Sie werden von Menschen gemacht und können durch Menschen verhindert werden. Sie müssen aus dem Leben der Menschheit verbannt werden.

Dass es in Europa von 1945 bis 1991 keinen Krieg gegeben hat, ist in erster Linie auch das Verdienst der Generationen Ihrer Eltern, Großeltern und Urgroßeltern, die den Großen Vaterländischen Krieg gewonnen, den deutschen Faschismus zerschlagen und danach Ihr Land unter größten Anstrengungen und Entbehrungen wiederaufgebaut haben.

Die Vision eines friedliebenden Europa, die nach dem Zweiten Weltkrieg möglich schien, zerschellte, als die US-geführte NATO Jugoslawien bombardierte. Das atlantische Bündnis machte auf diese Weise aus dem Kalten einen heißen Krieg - mitten in Europa.

Ich bin überzeugt – das wäre zur Zeit der Existenz der UdSSR undenkbar gewesen. Das Datum der Zerschlagung der Sowjetunion war für die NATO das Signal, ihr ursprüngliches Versprechen zu brechen, sich nicht nach Osten auszudehnen.

Aus dieser Gewissheit heraus, teile ich auch die Analyse Ihres Präsidenten Wladimir Putin, dass die Zerschlagung der Sowjetunion eine globalpolitische Katarstrophe war.

Die Auswirkungen dieses Dramas erleben wir noch heute auf Schritt und Tritt.

Vieles, was seit Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in der Welt durcheinandergeraten ist – ob in der Ukraine, in Syrien, im Irak, in Libyen oder anderen Teilen der Welt – ist eng verbunden mit den Folgen der Zerschlagung der UdSSR und den Absichten der USA, den Rest der Welt nach ihren Vorstellungen zu formen. Nach eigenen Aussagen sehen die USA die NATO als **wichtigsten Faktor für den «amerikanischen Einfluss in Europa»(1)**.

Sie möchten Russland klein sehen, höchstens als «Regionalmacht», wie das Obama formulierte. Mich beunruhigt zutiefst das feindselige Russlandbild der NATO, das leider auch die deutsche Regierung vertritt.

Ich habe in früheren Jahren einige Male den 22. Juni, den Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion, mit Moskauer Freunden erlebt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass dieser Tag auch in den Familien mit dem patriotischen Versprechen verbunden war: *Nie wieder sollen fremde Truppen den Grenzen des Vaterlandes so nahe sein wie an jenem 22. Juni 1941.*

Auch aus diesem Datum heraus – und dass sollten besonders Deutsche verstehen – ist das Bedürfnis Ihres Landes gewachsen, in sicheren Grenzen zu leben.

Ich bin betroffen, dass in diesem Jubiläumsjahr der aggressive Kurs des Westens gegenüber Russland verschärft wurde. Liest man in Deutschland Zeitung, hört Radio oder sieht Fernsehen, bekommt man den Eindruck, an allem Unglück auf der Welt sei Russland schuld.

Als 1990 die deutsche Einheit möglich wurde – wesentlich durch die Politik der sowjetischen Führung – hätte ich mir nicht im Traum vorstellen können, dass es je wieder eine deutsche Regierung geben könnte, die nach einem «globalen militärischen Engagement» strebt, das eindeutig auch gegen russische Interessen gerichtet ist. So verhält es sich aber mit der neuen Militärdoktrin des Landes, mit dem sogenannten «Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der

---

1 Vergleiche: SPIEGEL – GESPRÄCH mit Condoleezza Rice «Es ging um den Jackpot», DER SPIEGEL 39/2010.

Bundeswehr»(2). Bezeichnender Weise beschloss die Bundesregierung dies am 13. Juni 2016 – also in zeitlicher Nähe zum 75. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die UdSSR.

Ein Leitmedium der Bundesrepublik, die «Frankfurter Allgemeine» Zeitung triumphtierte schon im Voraus: «Vergessen sind die Jahrzehnte der politischen und militärischen Zurückhaltung. Jetzt geht es in Berlin um die aktive Mitgestaltung der globalen Ordnung»(3). Wahrheitswidrig wird behauptet, – «das Machtstreben des russischen Präsidenten (gehöre) zu den größten Gefahren für die Bundesrepublik». (4)

Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Gleich am Anfang seiner Präsidentschaft legte Wladimir Putin 2001 im deutschen Parlament, dem Bundestag, die Grundzüge der russischen Außenpolitik dar, betonte das Interesse an guten Beziehungen zur BRD und nannte dafür auch die Voraussetzungen. Niemand der Abgeordneten kann sich herausreden, er habe Putin nicht verstanden. Der sprach in einem einwandfreien Deutsch.

Sechs Jahre später tat er das Gleiche vor der Münchner Sicherheitskonferenz. Er ließ keinen Zweifel daran, dass sich Russland nicht erpressen lässt. Das war lange vor dem Bürgerkrieg in der Ukraine oder vor der Entscheidung der Krimbewohner über die Rückkehr in die Russische Föderation.

Nun meint die deutsche Regierung allen Ernstes, Russland sei für Deutschland kein Partner mehr. Regierungsoffiziell wird gar behauptet, Russland stelle die «europäische Friedensordnung» in Frage. Korrekt ist dagegen, dass die europäische Friedensordnung mit dem Moment in Frage gestellt wurde, als die NATO begann, ihre einstigen Grenzen von der Elbe und Werra im Zentrum Europas weit nach Osten – in die Nähe Russlands – zu verlegen.

Die USA und ihre Verbündeten stehen nun mit Streitkräften entlang der Grenzen Russlands, schicken nach Gutdünken militärische Einheiten dorthin, umzingeln das Land. Deutschland bildet gar eine «Sperrspitze der NATO» in unmittelbarer Nachbarschaft zu Ihrer

---

2 Das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr ist das oberste sicherheitspolitische Grundlegendokument Deutschlands. Es nimmt eine strategische Standort- und Kursbestimmung für die deutsche Sicherheitspolitik vor.

3 Artikel von JOHANNES LEITHÄUSER, FAZ vom 08.07.2016

4 Quelle: Die Welt, Springer-Verlag.

Heimat. Mich erinnert all das an die Jahre der Systemkonfrontation in Europa.

Damals führte die NATO regelmäßig Manöver in Gebieten durch, die nur wenige Kilometer von den Staatsgrenzen der DDR und der ČSSR entfernt waren und provozierte gar mit Luftraumverletzungen. Der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte der Warschauer Militärkoalition, der sowjetische Armeegeneral P. Lushew, schätzte das seinerzeit als Quelle für eine Aggression ein.

Am 8. Juli 1989 meldete er in einer geschlossenen Sitzung den Partei- und Staatschefs der Warschauer Militärkoalition in Bukarest – ich zitiere -: „Es wird immer schwerer einzuschätzen, ob es sich tatsächlich nur um Übungen oder um konkrete Vorbereitungen auf eine Aggression handelt. Wir müssen auch 1989 von einer militärischen Bedrohung durch die NATO ausgehen.“(5) .

An dieser Lageeinschätzung hat sich nur insofern etwas geändert, als dass die Situation durch NATO-Manöver direkt an der Grenze Russlands noch gefährlicher geworden ist.

Die NATO steht nun dort, wo fremde Truppen nach den Erfahrungen der sowjetischen Bürger von 1941 nie wieder sein sollten. Die Russische Föderation wehrt sich. Und das zu Recht. Kein Land hat in den letzten hundert Jahren so viel durchlitten wie Russland. In der Propagandasprache der NATO heißt das aber, «Russland ist eine Bedrohung. Russland ist aggressiv». Man zählt Russland wieder zum «Reich des Bösen».

Die USA- geführte NATO ruft gegen Russland das Völkerrecht an, obwohl sie es sind, die am häufigsten dagegen verstoßen. Obama hat bei seinem letzten Deutschlandbesuch Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgefordert, deutsche Truppen ins Baltikum zu schicken. Das hat mir fast den Atem verschlagen.

Ich hätte mir eine deutsche und keine amerikanische Antwort der Bundeskanzlerin auf das Begehren Obamas gewünscht.

Wie eine deutsche Antwort hätte aussehen können, dafür gibt es sogar ein Beispiel - eins aus der gemeinsamen Geschichte der UdSSR und der DDR. Diese Antwort ist mit den Namen Ulbricht und Breschnew verbunden.

---

5 Bericht des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, Armeegeneral P. Luschew, auf der Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 7. und 8. Juli 1989 in Bukarest, Archiv des Autors.

Zwar hinken Vergleiche gelegentlich, doch dieser scheint mir bei aller Unterschiedlichkeit ihres Wesens möglich: Als Truppen des Warschauer Vertrages 1968 in die CSSR einmarschierten – wie immer man auch sonst zu dem Fakt selbst stehen mag – DDR-Truppen waren nicht dabei.

Und das deshalb, weil die UdSSR und die DDR Lehren aus der Geschichte beherzigten, die sich auf den Einmarsch von Hitler-Truppen bezogen. Breschnew und Ulbricht hatten in einem langen Telefonat wegen dieser unheilvollen deutschen Vergangenheit vereinbart, dass sich die Nationale Volksarmee der DDR nicht an der Militär-Aktion beteiligt.

Ein «Nein» von Angela Merkel zu deutschen Truppen im Baltikum hätte ein Signal an Russland sein können: Wir haben aus der Geschichte gelernt. Jene, die in Deutschland nicht müde werden, das bis 1989 bestehende Grenzregime an der Außengrenze des Warschauer Vertrages von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu kriminalisieren, gehören inzwischen zu den Befürwortern der Grenzverschiebung der NATO in Richtung Osten. Welch eine Heuchelei!

Die deutsch-russische und die deutsch-sowjetische Geschichte vermittelt die Lehre: Deutschland ging es immer am besten, wenn es gute Beziehungen zu Russland hatte. Das wusste schon der Eiserne Kanzler Bismarck, der von 1860 bis 1862 als preußischer Gesandter in St. Petersburg tätig war. Im Blick auf seine Russland-Politik erklärte er u. a.: „Wir wollen nach wie vor den Frieden mit unseren Nachbarn, namentlich aber mit Russland suchen...Ich nenne **vorzugsweise** Russland...“

Eine solche **Vorzugs-Option** hat Bundespräsident Gauck leider nicht. Obwohl schon bald am Ende seiner Präsidentschaft und sehr viel auf Reisen **rund um Russland**, fehlt eine Staats-Visite **in** Russland. Mit einer antirussischen Einstellung der Mehrheit der Deutschen hat das nichts zu tun. Es gibt sie meines Erachtens nicht. Wohl aber neigen die Ostdeutschen dazu – wie es in einer Umfrage heißt – „Putins Russland zu vertrauen“ (6). Das ist sicher eine positive Nachwirkung aus DDR-Zeiten.

Das deutsche Staatsoberhaupt dagegen hat offensichtlich ein falsches Bild von Russland. Vor zwei Jahren hielt er anlässlich des

---

6 Bertelsmann-Studie: «Deutsche haben ein gespaltenes Verhältnis zu Russland».

75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges eine Rede, in der er Russland herablassend attackierte. Er diskreditierte die Befreiung Polens durch die Sowjetarmee, indem er behauptete, dass damit nur «eine Diktatur auf die vorangegangene»(7) folgte.

Wahrheitswidrig beschuldigte er Russland « de facto die Zusammenarbeit mit der EU» aufgekündigt zu haben. Wie in einem Ultimatum verlangte er «eine Änderung der russischen Politik»(8) als Voraussetzung engerer Zusammenarbeit. Angesichts der deutsch-russischen Geschichte erscheint mir eine solche Haltung anmaßend.

Als ein Rotarmist am 30. April 1945 das rote Siegesbanner auf dem Deutschen Reichstag in Berlin gehisst hatte, war ich gerade acht Jahre alt geworden. Zu jung, um schon die politischen Zusammenhänge der damaligen Zeit durchschauen zu können. Alt genug aber, um zu verstehen, dass Krieg etwas Furchtbares und Frieden etwas Gutes ist. Mein späteres freundschaftliches Verhältnis zu russischen Menschen hat seinen Ursprung in den ersten Nachkriegsjahren.

Ich lernte sowjetische Soldaten kennen, die anders waren als jene „barbarischen Untermenschen“, von denen die Nazipropaganda berichtet hatte. Einer von ihnen war unweit unserer Wohnung einquartiert. Offizier war er und Dolmetscher der Militärkommandantur. Jeden Abend, wenn er in sein Quartier zurückkam, brachte er mir etwas Essbares mit. Mal war es ein tiefschwarzes und feuchtes Soldatenbrot, mal etwas Würfelzucker und gelegentlich auch in Zeitungspapier eingewickelter Speck. Mittags schickte er mich zur Gulaschkanone der sowjetischen Einheit, die in meiner Stadt stationiert war. Dort erhielt ich ein Kochgeschirr voller Kascha oder auch Kohlsuppe. Russische Worte für Brot, Zucker, Speck, Kohlsuppe und Grütze habe ich damals gelernt. Ich habe sie nie wieder vergessen. An manchen Abenden saß der Russe auf den steinigen Stufen vor dem Haus und drehte sich aus Zeitungspapier und Tabak eine Zigarette. Einmal sumnte er eine Melodie so vor sich hin, die ich noch nie gehört hatte. „Sing mit“, forderte er mich auf. „Das kann ich nicht“, antwortete ich. Er rief, als müsste ich mich dafür schämen: „Das ist doch das ‚Heideröslein‘ von Goethe!“

„Heideröslein“ und „Goethe“, diese Worte hörte das erste Mal.

---

7 Vergleiche: Rede des Bundespräsidenten, Joachim Gauck, zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges. Siehe Webseite des Bundespräsidenten.

8 Ebenda



Nicht von einem Deutschen, von einem Russen in sowjetischer Uniform.

In Erinnerung geblieben aus dieser Zeit ist mir ein riesiges Plakat, das die sowjetische Besatzungsmacht überall aufhängen ließ.

Auf ihm standen die Worte: „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt bestehen.“ Der, der das gesagt hatte, hieß Josef Stalin. Damals begann ich zu begreifen, was ich bis heute verinnerlicht habe: Die Sowjetunion hat nie ein Gleichheitszeichen zwischen dem deutschen Volk und dem deutschen Faschismus gesetzt. Die Sowjetarmee hat das Hakenkreuz zerschlagen, nicht aber die deutsche Nation.

Das ist eine Tatsache, die nicht hoch genug bewertet werden kann. Allein diese historische Wahrheit würde rechtfertigen, dass deutsche Regierungen den Beziehungen zu Russland eine Sonderstellung einräumen. Ähnlich wie es die Bundesrepublik beispielsweise wegen des Holocaust mit Israel macht.

Liebe Anwesende,

**Parallel zum Streben der NATO um die Neuordnung der Welt gibt es einen erbitterten ideologischen Kampf um die Deutungshoheit der Geschichte des 20. Jahrhunderts.**

Nicht wenige Zeithistoriker haben in Bezug auf die Geschichte der UdSSR und der DDR den uralten Grundsatz der Geschichtsschreibung vergessen: *Sine ira et studio*“ (ohne Zorn und Eifer). Sie sind damit beschäftigt, die Vergangenheit zu verdammen statt sie zu analysieren. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts wird sehr stark antikommunistisch und antisowjetisch gedeutet.

Als Herr Gauck zum Bundespräsidenten gewählt wurde, sagte er, erst 1990 sei er – Zitat – «nach 56-jähriger Herrschaft von Diktatoren» endlich Bürger geworden. Er wirft damit 12 Jahre Hitlerbarbarei, 4 Jahre sowjetisch besetzte Zone und 40 DDR-Jahre in einen Topf. Das ist schlicht verkehrte Geschichte.

Wer in einem Atemzug Faschismus und DDR nennt, verleumdet ja nicht nur die DDR, die sich zu Recht als antifaschistischen deutschen Staat verstand. Ein solches Gleichheitszeichen ist ja auch eine Verharmlosung des Faschismus. Ich spreche bewusst von „Faschismus“. Ich nenne ihn nicht «Nationalsozialismus» - wie das seit 1990 in Deutschland üblich ist.

Der deutsche Faschismus war weder „national“, noch war er „sozialistisch“. Er war einmalig verbrecherisch und mit nichts auf der Welt vergleichbar oder gleichzusetzen.

Zudem wird mit solchen Vergleichen verdeckt, dass die Geschichte zwischen 1945 und 1990 in Deutschland eine Auseinandersetzung war zwischen zwei konträren Weltsystemen, zwei feindlichen Militärblöcken, zwei gegnerischen Staaten, zwei grundverschiedenen Idealen und zwei andersartigen Entwürfen für die Zukunft.

Wäre es nach dem Willen der UdSSR sowie der Kommunisten und Sozialdemokraten der sowjetischen besetzten Zone gegangen, wäre aus Deutschland – ich zitiere – „ein einheitliche(s) antifaschistische(s), demokratische(s) Regime, eine parlamentarisch-demokratische(n) Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ geworden.

So steht es im Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der zuvor in Moskau beraten worden war.

Im Osten Deutschlands begann damit unter dem Schutz der Sowjetmacht eine antifaschistisch – demokratische Revolution.

Ihre Kernpunkte waren die Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher sowie ein umfangreiches Programm demokratischer Reformen. Die Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher wurden enteignet und in Volkseigentum überführt. Durch eine Bodenreform erhielten Landarbeiter, Klein- und Mittelbauern eigenes Land. Eine Schulreform zerschlug das Bildungsprivileg der Reichen. Nazis durften keine Lehrer werden, Nazirichter kein Recht sprechen.

Dass die sowjetisch besetzte Zone und später die DDR dem deutschen Kapital über 40 Jahre keinen Zutritt gewährte, ist aus der Sicht der heute Herrschenden das eigentliche Verbrechen der DDR. Die Abschaffung des Volkseigentums gehörte daher 1990 auch zu den ersten Maßnahmen nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik.

In den drei von den Westmächten besetzten Zonen setzte schon kurz nach dem Krieg die Restauration der alten kapitalistischen Verhältnisse ein. Erst nachdem die Bundesrepublik im Mai 1949 gegründet worden war, entstand am 7. Oktober 1949 die DDR.

Sie wurde nicht gegründet, um Deutschland zu spalten. Deutschland war bereits gespalten, als die DDR gegründet wurde.

Wenige Tage nach der Gründung der DDR erhielten Präsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl ein bemerkenswertes Telegramm aus Moskau.

Es enthielt die konzentrierte sowjetische Strategie in der Deutschlandfrage. Absender war Stalin. Er schrieb: „Die Bildung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein **Wendepunkt in der Geschichte Europas**». Er nannte auch den Grund dafür.

«Es unterliegt keinem Zweifel», schrieb er, «dass die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt.»<sup>(9)</sup> Um jedes Missverständnis auszuschließen, die Gründung der DDR könne doch als Spaltung Deutschlands verstanden werden, endet das Telegramm mit dem Satz:

„Es lebe und gedeihe das **einheitliche**, unabhängige, demokratische friedliebende **Deutschland**.“<sup>(10)</sup>

Die Idee der deutschen Einheit verfolgte die Sowjetunion auch 1952. In einer Note an die Westmächte schlug sie die Herstellung der deutschen Einheit durch gesamtdeutsche Wahlen vor. Die Westmächte lehnten ab. Bundeskanzler Adenauer prahlte gegenüber dem Französischen Außenminister:

„Vergessen Sie nie, dass ich der einzige Regierungschef bin, der die Einheit Europas der Einheit seines Vaterlandes vorzieht.“<sup>(11)</sup>

Geschichtlich bleibt deshalb unbestreitbar: Solange die Sowjetunion und mit ihr auch die DDR existierten, gab es in Europa keinen Krieg. Im Umkehrschluss bedeutet das allerdings auch: Das Verschwinden der DDR von der politischen Landkarte ist **ebenfalls ein europäischer Wendepunkt**: Zum ersten Mal nach 1945 wurde Krieg in Europa – sogar mit deutscher Beteiligung – wieder möglich.

Das Unglück der Deutschen war nicht die DDR. Das Unglücksdatum der Deutschen ist der 30. Januar 1933. Ohne den Machtantritt Hitlers kein zweiter Weltkrieg. Ohne Krieg keine deutsche Niederlage, ohne Niederlage weder Jalta noch Potsdam, weder DDR noch

---

9 Vergleiche: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Dietz Verlag Berlin 1966, Band 7, Seite 335/336.

10 Ebenda

11 Zitiert nach Rudolf Augstein, «Konrad Adenauer und seine Epoche», DER SPIEGEL, 41/1963.

Bundesrepublik. Das ist die Logik deutscher Geschichte im 20. Jahrhunderts.

Wer die DDR einen «Unrechtsstaat» nennt, lässt solche grundlegenden Zusammenhänge außer Acht.

**Es ist schon merkwürdig, wie die Abwertung und Entstellung der Geschichte der UdSSR und der DDR einerseits und die aktuelle NATO-Politik andererseits Hand in Hand laufen.** Der Westen verschleiert bis heute die tatsächlichen Gründe der Spaltung Europas und Deutschlands.

Die Spaltung Europas war bekanntlich auch mit ziemlich unpopulären Entscheidungen verbunden wie der militärischen Grenzsicherung, dem Bau der «Berliner Mauer» und Einschränkungen im Reiseverkehrs der Bürger, die alle tief in das persönliche Leben der Menschen eingriffen und manchmal leider auch Tote und Verletzte forderten.

Diese **spaltungsbedingten Lasten** werden von unseren Kritikern aus dem geschichtlichen Zusammenhang gerissen. Sie vermitteln die irrige Schlussfolgerung: Für all das tragen allein die Kommunisten die Verantwortung. Ich verstehe, dass es auch für Sie und überhaupt für nachfolgende Generationen schwer nachvollziehbar ist, warum ein Kontinent Jahrzehnte durch zwei Militärblöcke getrennt war, warum mitten durch Deutschland eine Grenze verlief und in Berlin quer durch die Stadt eine Mauer gezogen war.

Ohne den geschichtlichen Kontext gut zu kennen, ohne die unterschiedlichen Interessen der Beteiligten zu analysieren, lassen sich die Folgen der Spaltung nicht gerecht bewerten. Notwendig ist, Vergangenes aus der Zeit heraus zu beurteilen, in der es geschah.

Es gab immer zwei Seiten. Die eine reagierte auf die andere.

«Mauer», «Grenzsicherung» und Einschränkung des Reiseverkehrs sind keine originären sozialistischen Werte. Das belegen ja auch aktuelle Bauwerke, die zwischen den USA und Mexiko oder zwischen Israel und dem Gaza-Streifen bestehen oder die durch Kiew angekündigte Mauer entlang der Grenze zu Russland.

**Der 13. August wird Deutschland inzwischen als ein Schanddatum der DDR begangen. So, als wäre die DDR das Schlimmste, das es je in der deutschen Geschichte gegeben hat.**

An diesem Augusttag des Jahres 1961 wurde bekanntlich begonnen, die «Mauer» zu bauen. Das geschah 16 Jahre nach Kriegsende und 12 Jahre nach Gründung der DDR.

Das heißt, bis dahin hatte die DDR mit einer offenen Grenze in Berlin gelebt. Ihr waren dadurch Schäden entstanden, die ihre Existenz gefährdeten. Die offene Grenze in Berlin war mit Verlusten für die DDR verbunden, die unabhängige Gutachter mit 100 bis 130 Milliarden DM beziffern. Das entspricht ungefähr der Summe, die ganz Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg an Reparationen gegenüber den Siegermächten aufzubringen hatte.

Was sich am 13. August 1961 tatsächlich vollzog, war das Ergebnis einer kollektiven Entscheidung eines Gipfeltreffens der Warschauer Vertragsstaaten, das vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau stattfand. Die Bündnispartner gingen davon aus, dass die Gefahr eines Krieges um Berlin gebannt werden müsse. Faktisch ist der 13. August 1961 ein internationales Datum.

Nachträglich wird wahrheitswidrig behauptet, allein die DDR habe die Mauer gewollt. Ausdruck findet das unter anderem auch in der abwegigen Behauptung, Ulbricht habe Chruschtschow zum Mauerbau gezwungen. Dokumentarisch überliefert ist hingegen, dass US-Präsident Kennedy den Mauerbau mit den Worten kommentierte: „Das ist keine sehr schöne Lösung, aber eine Mauer ist verdammt noch mal besser als ein Krieg.“<sup>(12)</sup>

Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hatten an diesem Tage faktisch ihre Interessenssphären zementiert. Man kann auch höflicher sagen: Es handelte sich um einen historischen Kompromiss zwischen den Westmächten und der UdSSR.

Jahre später, im September 1988, wird auch Willy Brandt, den 13. August 1961 als ein „Datum der Erleichterung“ für die Westmächte bezeichnen.

Die „Berliner Mauer“ war im Westen stets Metapher für die Zweiteilung Europas schlechthin. Sie war keine – wie das in der alten wie neuen Bundesrepublik immer wieder behauptet wird – «innerdeutsche Grenze».

Sie war die Außengrenze des Warschauer Vertrages zur NATO.

---

<sup>12</sup> Vergleiche: Stefan Kornelius, «Ich bin doch kein Berliner», «Süddeutsche Zeitung», 13. August 2011.

### **Zwischen 1985 und 1989 nahmen die internationalen Auseinandersetzungen um die «Mauer» zu.**

Am 16. April 1986 besuchte M.S. Gorbatschow das Brandenburger Tor in Berlin.

Dieser Besuch gewann an internationaler Bedeutung, weil Gorbatschow – wie seine Vorgänger auch – gleichzeitig der „Oberste Befehlshaber der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages“ war.

Nachdem er sich gründlich über die Grenzsicherungsanlagen informiert hatte, schrieb er in das Gästebuch der Grenzsoldaten:

„Am Brandenburger Tor kann man sich anschaulich davon überzeugen, wieviel Kraft und Heldenmut der Schutz des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden vor den Anschlägen des Klassenfeindes erfordert. Die Rechnung der Feinde des Sozialismus wird nicht aufgehen..... Ewiges Andenken an die Grenzsoldaten, die ihr Leben für die sozialistische DDR gegeben haben.“ (13)

US-Präsident Reagan antwortete auf seine Weise. Dies war am 12. Juni 1987. Er wandte sich damals nicht an Honecker oder die DDR-Regierung. Er wusste, dass die DDR allein überhaupt nicht leisten konnte, was er forderte. Mit dem ihm eigenen Pathos eines Schauspielers rief er aus: „Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor, ...Reißen Sie die Mauer nieder!“

Dies wurde von der sowjetischen Führung zwar öffentlich zurückgewiesen, führte aber dennoch bald zwischen uns zu Differenzen über die sogenannte «Deutsche Frage».

In einem vertraulichen Papier hatte Gorbatschow Honecker wissen lassen, dass er in einem Gespräch mit dem Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Richard von Weizsäcker, gesagt habe, die „deutsche Zweiteilung und die Berliner Mauer seien historische Tatsachen und kein Verhandlungsgegenstand“. Allerdings hatte Gorbatschow in seiner Mitteilung verschwiegen, dass er zum Bundespräsidenten auch gesagt hatte: „Was in 100 Jahren sein wird, entscheidet die Geschichte.“ Die DDR-Führung erfuhr dies erst aus bundesdeutschen Medien.

Das weckte bei uns Misstrauen und machte unsicher.

---

13 Eintrag M.S. Gorbatschows in das Ehrenbuch der Grenztruppen der DDR, 16. April 1986. Archiv des Autors.

1971 hatte die sowjetische Führung nämlich anlässlich des 100. Jahrestages der deutschen Reichsgründung durch Bismarck gegen den Willen Walter Ulbrichts und entgegen der DDR-Verfassung empfohlen, dass die DDR nicht mehr von **einer** deutschen Nation ausgeht, sondern von zwei Nationen - einer sozialistischen in der DDR und einer kapitalistischen in der Bundesrepublik.

Damit sollte die deutsche Frage für immer abgeschlossen gelten und die deutsche Zweistaatlichkeit für alle Zeiten besiegelt sein.

Nun, 17 Jahre später, vermuteten wir wohl nicht ganz zu Unrecht, dass Gorbatschow die deutsche Frage wieder für offen erklären wollte, ohne darüber aber mit der DDR-Führung jemals ernsthaft gesprochen zu haben. Unser Argwohn wurde durch ein Fernsehinterview verstärkt, das der sowjetische Außenminister Schewardnadse im Januar 1989 am Rande des Abschlusstreffens der Europäischen Sicherheitskonferenz in Wien gab. Auf die Frage eines Reporters, was aus der «Berliner Mauer» werden solle, antwortete er: »Da müssen Sie Fischer (14) fragen. « Lächelnd fügte er hinzu: »Und natürlich Genscher. «

Hatte sich Chruschtschow in seinen Erinnerungen noch dazu bekannt, selbst den Befehl zum Mauerbau gegeben zu haben - was weitgehend den Tatsachen entsprach - wollte Schewardnadse die Verantwortung allein der DDR zuschieben, was geschichtlich falsch war und aktuell die DDR in eine schwierige Situation brachte.

Erich Honecker reagierte gereizt mit dem Satz: «Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind» (15).

Die westdeutschen Medien unterschlugen den zweiten Teil des Satzes. Sie meldeten verkürzt: «Die Mauer wird noch in 100 Jahren stehen». Das hatte eine verheerende innenpolitische Wirkung. Besonders junge Leute bemängelten, dass ein bald Achtzigjähriger allein bestimmen wolle, was in 100 Jahren sein würde. Viele sahen das damals als einen Beweis für die politische Unbeweglichkeit der DDR-Führung.

---

14 Oskar Fischer war Außenminister der DDR und Genscher Außenminister der BRD.

15 Vergleiche Rede Erich Honecker auf einer Tagung des Thomas - Müntzer - Komitees am 19. Januar 1989.

**Am 7. und 8. Juli 1989 fand eine Tagung des Politisch-Beratenden Ausschusses in Bukarest** statt. Dies war das höchste politische Gremium der Staaten des Warschauer Vertrages. Der Ausschuss tagte in einer politischen Ausnahmesituation. Krisen in Staaten der Gemeinschaft gab es in regelmäßigen Abständen. Es waren in der Regel Krisen in einem oder in einigen Ländern, nie aber war bisher die sozialistische Gemeinschaft als Ganzes betroffen. 1989 erlebte ich in Bukarest zum ersten Mal, dass die sozialistische Staatengemeinschaft nicht mehr funktionierte.

Der Sozialismus in Europa mit seinem Kernland Sowjetunion befand sich bereits in einer tiefen Existenzkrise. Darin sahen die UdSSR und die DDR gemeinsam eine Gefahr nicht nur für den europäischen Kontinent.

Die Bipolarität der Welt war zusammen mit dem militärstrategischen Gleichgewicht so etwas wie ein Regulator der Friedenssicherung. Jede Seite wusste von der anderen, dass sie sich in ein Kriegsabenteuer nur bei Strafe des eigenen Untergangs einlassen kann. Die sozialistischen Staatsoberhäupter bewegte damals die Frage: Wie steht es um den Kalten Krieg? Ist er zu Ende? Die ungarische Führung meinte: „Ja.“

Gorbatschow hielt zu diesem Zeitpunkt noch dagegen. Am Vortag, dem 6. Juli 1989, war er Gast des Europarates. Vor der Parlamentarischen Versammlung hatte er beklagt, dass die Einmischung der NATO in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder den Kalten Krieg neu belebt. „Die Schwierigkeit bestehe darin“, sagte er, „dass der Westen die Überwindung der Spaltung Europas als Überwindung des Sozialismus versteht.“

Er antwortete damit dem amerikanischen Präsidenten George Bush. Dieser hatte Ende Mai auf dem NATO-Gipfel in Brüssel gefordert, die Sowjetunion in die „Wertegemeinschaft des Westens“ zu holen. Gorbatschow sah dies als verbalen Angriff der NATO auf den Sozialismus insgesamt.

Für ihn waren die Beschlüsse der NATO-Ratstagung Ausdruck einer neuen Konfrontation. Er warnte davor, dass „eine Destabilisierung in Osteuropa unvorstellbare gefährliche Folgen für den ganzen Kontinent in sich birgt.“ Nur wenige Tage danach startet US-Präsident George Bush einen politischen Generalangriff auf Gorbatschows Politik. Er besuchte Warschau und Budapest, um dort



für Reformen im Sinne des Westens zu werben. In Budapest machte er deutlich: Es wird keine Kombination von „östlicher Macht“ und „westlicher Technologie“ geben.

Der amerikanische Präsident ließ keinen Zweifel daran, dass die USA osteuropäischen Ländern nur dann wirtschaftlich und finanziell helfen würden, wenn das politische System des Landes grundlegend im Sinne der USA verändert wird.

Zu dieser Zeit wurde das in Bukarest beschlossene Dokument der Warschauer Vertragsstaaten vom Westen bewusst falsch interpretiert, um Zwietracht zwischen unseren Staaten zu säen. Suggestiert wurde, es gäbe keine Bündnisdisziplin mehr im Warschauer Vertrag. Jeder Staat könne nun machen, was er will. Die Medien bezogen sich dabei auf die Formulierung, nach der die Beziehungen der Warschauer Vertragsstaaten «auf der Grundlage der Gleichheit, Unabhängigkeit und des Rechtes eines jeden Einzelnen, selbstständig seine eigene politische Linie, Strategie und Taktik ohne Einmischung von außen auszuarbeiten» entwickeln zu können.

Das war allerdings aus DDR-Sicht nichts Neues. So etwas hatten fast alle Vorgänger Gorbatschows auch gesagt. Breschnew zum Beispiel hatte 1968 formuliert, die Aufgabe bestehe darin, „die Prinzipien der Gleichberechtigung aller Länder des Sozialismus, ihre Souveränität und Unabhängigkeit sowie die Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten konsequent zu wahren.“

Was sollten sowjetische Spitzenpolitiker auch anders sagen? Etwa den Vorwurf des Westens bestätigen, dass die Verbündeten «sowjetische Satelliten» seien? Wer einem Bündnis angehört, weiß, dass er damit Teile seiner Souveränität abgibt. Das war damals nicht anders als heute auch.

Das hat auch Bundesminister Wolfgang Schäuble mit Bezug auf die heutige Bundesrepublik auf einem Treffen mit Bankiers im Juni 2012 eingestanden, als er sagte: „Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.“<sup>(16)</sup> Meines Wissens hat auch Gorbatschow bis 1989 nie behauptet, jedes Land könne nach Belieben aus dem Warschauer Vertrag oder dem RGW austreten. Sowjetische Militärs sind der DDR gegenüber bis

---

16 Veröffentlicht im Handelsblatt vom 01. 06. 2012.

1989 immer von gemeinsamen Interessen ausgegangen. Zudem existierte ein Beistandspakt zwischen der UdSSR und der DDR, der nie gekündigt worden war. Selbst wenn die UdSSR bereit gewesen sein sollte, Bulgarien, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Rumänien in die volle Souveränität zu entlassen, so war das bei der DDR anders.

Die DDR war für die Sowjetunion immer ein Sonderfall. Jede sowjetische Führung berücksichtigte zu Recht, dass die Sowjetunion infolge des Sieges im Zweiten Weltkrieg die Verantwortung für die Nachkriegsentwicklung in ganz Deutschland mittrug.

Anschaulich zeigt das auch folgender Vorgang: Ende Juni 1989 teilte uns die sowjetische Führung mit: „Die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland ist in Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte umbenannt worden. Der Status dieser Truppen, wie er im Vertrag über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR vom 20. September 1955 und in den anderen bilateralen Vereinbarungen bestimmt wird, sowie die Rechte und Verantwortung, die sich aus den in der Kriegs- bzw. Nachkriegszeit erzielten und die gültigen Vereinbarungen und Beschlüssen der UdSSR, der USA, Großbritannien und Frankreich ergeben, bleiben unverändert.“

Zu Recht dachte die Sowjetunion nicht daran, ihre Rechte für Deutschland aus der Nachkriegszeit aufzugeben. Die Westalliierten gaben ja ihre Rechte in der Bundesrepublik auch nicht auf.

An dieser Stelle möchte ich einen persönlichen Gedanken einfügen, der mir im Verhältnis zur Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland wichtig ist:

Die sowjetische Besatzungszone und später die DDR hatten das Glück, dass an der Spitze der hier stationierten sowjetischen Einheiten nicht nur hervorragende Militärs standen, sondern Persönlichkeiten, die großes Verständnis für die Probleme der Deutschen hatten. Sie sind mir als gute Internationalisten in Erinnerung. Es waren so bekannte Heerführer wie die Marschälle der Sowjetunion Shukow, Sokolowski, Tschuikow, Gretscho, Sacharow, Jakubowski, Konjew, Koschewoi, Kulikow, Kurotkin sowie die Armeegeneräle Iwanowski, Saizew, Luschew und Snetkow.

Ein Landsmann von Ihnen, der Leningrader Wissenschaftler, General und Professor Sergej Iwanowitsch Tjulpanow, verdient hervor-

gehoben zu werden. Er war der Chef der Informations-abteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland.

In Erinnerung geblieben ist er vielen Menschen als "oberster sowjetischer Kulturoffizier", der maßgebliche Verdienste bei der Überwindung der Naziideologie und der Festigung von Anti-faschismus und Demokratie im Osten Deutschlands hatte.

### **Doch zurück zum Gipfel von Bukarest im Juli 1989:**

Das Treffen war kaum vorbei, da spitzte sich die Situation in der DDR in bisher nie gekannter Form zu. Im Sommer begann ein Urlauberausbruch auf Ungarn. Ungarn war das beliebteste Reiseziel der DDR-Bürger und seit Jahren ein geeigneter Treff für Familien aus der DDR und der BRD.

Nun kam die Zeit, als sich die bundesdeutsche Botschaft in Budapest mit DDR-Bürgern zu füllen begann. Am 10. September ließ die ungarische Regierung verlauten, dass ab Mitternacht für DDR-Bürger die Grenzen nach Österreich geöffnet sind. Damit hatte die Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag ihr erstes großes Loch.

Als DDR-Bürger später auch in der CSSR in die bundesdeutsche Botschaft flüchteten, ließ die DDR-Führung unter Erich Honecker erklären, man weine denen, die uns verlassen hätten, keine Träne nach. DDR-Bürger antworteten darauf mit Protesten unter dem Motto „Wir bleiben hier“. Als es keine Reaktion der Führung gab, entstand die Losung „Wir sind das Volk“. Das war keine Forderungen zur Abschaffung der DDR oder für die deutsche Einheit. Es ging um innere Reformen in der DDR. Am 9. Oktober 1989 kam es in Leipzig zu einer großen «Montagsdemonstration», an der 70 000 Bürger aus der ganzen DDR teilnahmen.

In einem Aufruf von sechs Leipziger Prominenten wird zur Besonnenheit der Demonstranten aufgerufen. DDR-Kritiker legen diesen Aufruf als Dokument einer Freiheitsrevolution aus, die man am liebsten in die Tradition der Revolutionen von 1848 und 1918 stellt.

Das gibt der Text aber nicht her. Dort steht wörtlich: „Wir alle brauchen einen freien Meinungs-austausch über die **Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. ...**“

Der 9. Oktober war eine Aufforderung an die DDR-Führung, einen Dialog mit den Bürgern über die weitere Entwicklung der DDR zu führen. Ab Anfang Oktober gab es darüber offene Auseinandersetzungen.

zungen in der DDR-Führung. Ich hatte zusammen mit weiteren DDR-Politikern die Initiative zur Absetzung Erich Honeckers ergriffen. Am 18. Oktober 1989 wurde ich zum SED-Generalsekretär gewählt.

Ich sprach damals von einer „Wende“, die erreicht werden müsse. Ich verstand darunter eine **Erneuerung der DDR** nach dem Beispiel der „Perestroika“ in der Sowjetunion.

Mir war zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar, dass Gorbatschow mit dieser Politik schon im eigenen Land gescheitert war. Erst spät erkannte ich, dass die Perestroika vielleicht gut gemeint war, aber keine ernsthafte und machbare inhaltliche Ausrichtung hatte.

Gorbatschow sagte mir damals auch, dass sein Ausspruch zum 40. Jahrestag der DDR: «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben», nicht auf die DDR gemünzt war, sondern auf ihn selbst. Er habe die Perestroika viel zu spät begonnen.

Als ich meine Funktionen übernahm, hatte ich versprochen, dass freies Reisen von DDR-Bürger gesetzlich geregelt wird. Das stand damals an der Spitze aller Forderungen der Bürger. «Freies Reisen» war das Schlüsselwort für vieles andere.

Hätten wir diese Frage einige Jahre früher gelöst, wäre manche Entwicklung 1989 vielleicht anders verlaufen.

Meine Wendekonzeption war jedenfalls nicht in Richtung deutsche Einheit gedacht. Das traf übrigens auch auf die politischen Parteien und Bewegungen zu, die in dieser Zeit neu gegründet wurden.

Die Vereinigung „Demokratische Aufbruch“, deren Pressesprecherin die heutige Bundeskanzlerin, Angela Merkel, war, betonte: „Die kritische Haltung ... zum real - existierenden Sozialismus bedeutet keine Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung« Bärbel Bohley, eine der bekanntesten Aktivistinnen des Herbstes 1989, antwortete in der französischen Zeitung FIGARO auf eine Frage zur deutschen Einheit: „Das ist ein Thema für Wahlkampagnen in Westdeutschland. Die westdeutsche Lebensweise ist uns ganz und gar fremd... Was die BRD will, ist eine Vereinigung, bei der sie ihr Modell durchsetzt. Die Ostdeutschen wollen sich aber nicht 40 Jahre ihrer Geschichte entledigen.“

**Mit der Öffnung der Grenzen zur BRD und zu Westberlin am 9. November 1989 änderte sich die Situation grundsätzlich.**

Die politische Klasse der BRD erkannte ihre Chance. Sie verstärkte ihre politische Einflussnahme in der DDR und auf die DDR.

Die Abänderung der vom Volk geborenen Losung „Wir sind **das** Volk“ in „Wir sind **ein** Volk“ wurde wesentlich vom Boden der alten Bundesrepublik lanciert.

Ein wichtiges Datum auf dem Wege zum 9. November 1989 war **mein Gespräch mit Gorbatschow am 1. November in Moskau.**

Ich fragte ihn: „Michael Sergejewitsch, welchen Platz räumt die Sowjetunion beiden deutschen Staaten im gesamteuropäischen Haus ein? Im Westen gibt es Spekulationen, dass im Europäischen Haus für die DDR kein Platz mehr ist.“ Gorbatschow macht auf mich den Eindruck, als habe er meine Frage nicht verstanden.

Ich ergänze daher: «Die DDR entstand nach dem Zweiten Weltkrieg und im Ergebnis des Kalten Krieges. Sie ist also auch ein Kind der Sowjetunion. Es ist für mich wichtig zu wissen, ob die Sowjetunion zu ihrer Vaterschaft steht?»

Gorbatschow reagiert überrascht: „Wo denkst du hin?“ fragte er und informiert mich, dass seine Mitarbeiter kürzlich mit Brzezinski gesprochen hätten. Sie hätten ihn gefragt, „ob sich die USA eine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen können?“

Brzezinski habe geantwortet, „für ihn wäre das der Zusammenbruch“.

Als ahnte Gorbatschow mein Misstrauen, sagte er: „In meinen jüngsten Gesprächen mit Thatcher, Mitterrand, aber auch mit Jaruzelski und Andreotti ist klargeworden, dass sie von den Realitäten der Nachkriegszeit, einschließlich der Existenz zweier deutscher Staaten, ausgehen. Die Fragestellung nach der Einheit Deutschlands wird von allen als äußerst explosiv betrachtet. Sie wollen auch nicht, dass der Warschauer Vertrag und die NATO aufgelöst werden. Sie sind für ein Verbleiben Polens und Ungarns im Warschauer Vertrag. Das Gleichgewicht in Europa darf nicht gestört werden, weil niemand weiß, welche Folgen das hat.“

Das waren klare Worte, die Gorbatschow noch einmal bekräftigte, als er zusammenfasste: «Die Einheit Deutschland», sagte er, «steht nicht auf der Tagesordnung. Darüber hat sich die Sowjetunion mit ihren früheren Partnern aus der Zeit der Anti-Hitler-Koalition geeinigt. Genosse Krenz, übermittle dies bitte den Genossen des SED-Politbüros“. Das, liebe Anwesende, erklärte mir der ranghöchste sowjetische Politiker noch am 1. November 1989!

Aus heutiger Sicht mag es naiv von mir gewesen sein, dass ich mich auf ihn wie auf einen Freund und Bruder verlassen habe. Ich konnte mir damals nicht vorstellen, dass die Führung der Sowjetunion hinter unserem Rücken die DDR an ihre politischen Gegner übergibt.

Noch am 24. November 1989 schickte mir der sowjetische Präsident eine Information über die Vorbereitung seines Treffens mit Präsident Bush auf Malta.

Darin versicherte er: **«Die DDR war und bleibt unser strategischer Verbündete» (17).**

Was ich damals nicht wusste, aber inzwischen durch den außenpolitischen Berater von Helmut Kohl, Horst Teltschik, dokumentiert ist: Drei Tage vorher übermittelte ein Vertrauter Gorbatschows eine «sieben Seiten umfassende aktuelle Moskauer Erwägung für ein vereintes Deutschland». (18)

Diese Zwiespältigkeit in der sowjetischen Politik gegenüber der DDR konnte zwar mein Verhältnis zur Sowjetunion nicht erschüttern, hat aber meine Meinung über Gorbatschow mitgeprägt.

Vor einigen Jahren haben Vertraute des KPdSU-Generalsekretärs Protokolle des Politbüros des ZK der KPdSU veröffentlicht (19). Es sind 1400 Seiten, aufgeschrieben von drei Beratern des Generalsekretärs unter Leitung von Anatolij Tschernjajew.

Was dort über die DDR gesprochen wurde, hat mich zutiefst betroffen gemacht. Wenn die Berichte stimmen, hat die sowjetische Führung spätestens seit 1987 mit dem Gedanken der deutschen Einheit gespielt. Sie hatte selbstverständlich das Recht dazu. Doch hinter dem Rücken eines Verbündeten und Freundes über dessen Angelegenheiten zu entscheiden, ist nach meinem Verständnis unehrlich. Zumindest wurde mit gespaltener Zunge gesprochen. Das hatte mit Glasnost nun wirklich nichts zu tun.

Meine Damen und Herren,

**Über den 9. November 1989** gibt es inzwischen unzählige Legenden. Der wohl weltbekannteste Versprecher eines Politikers mit weltpolitischer Wirkung, in diesem Fall von Politbüromitglied Günter Schabowski, wird in den Medien unterschiedlich interpretiert.

---

17 Botschaft M.S. Gorbatschows von Gorbatschow an E. Krenz, Archiv des Autors.

18 Vergleiche: H. Teltschik, 329 Tage - Innenansichten der Einigung, Siedler -Verlag

19 Vergleiche: „Tagebuch einer Weltmacht“, Der Spiegel 46/2006, Seite 122- 144.

Mal genüsslich, um der DDR-Führung ihre vermeintliche Konzeptionslosigkeit zu attestieren. Mal spekulativ, ob Schabowski von einem Geheimdienst inspiriert worden sei. Letzteres schließe ich aus. Das Papier, von dem er abgelesen hatte, war ein Regierungsbeschluss über die Grenzöffnung, die für den 10. November 1989 vorgesehen war. Statt die Öffnung der Grenze - wie vorgesehen - für den 10. November anzukündigen - antwortete Schabowski auf die Frage eines Journalisten etwas verwirrt: « Wenn ich richtig informiert bin, nach meiner Kenntnis **unverzüglich.**»

Das brachte uns in eine hochexplosive Situation. Das Gefährliche des Irrtums von Schabowski war, dass die Sicherheitsorgane der DDR zu diesem Zeitpunkt noch keine Befehle zur Öffnung haben konnten. Die entstandene Lage hätte leicht zu einer Katastrophe werden können.

Tausende Berlinerinnen und Berliner machen sich nach der Pressekonferenz auf den Weg zur Grenze. Aber nicht - wie nachträglich behauptet wird - um die Wiedervereinigung Deutschlands zu erzwingen, sondern auf Grund eines folgenschweren Irrtums eines Mitgliedes der DDR-Führung. Diese Falschinformation fassten viele als Einladung auf, einen Spaziergang nach Westberlin zu machen.

Wie aus den Medien zu erfahren war, machte sich auch die heutige deutsche Regierungschefin, Bundeskanzlerin Merkel, aus der Sauna kommend, auf den Weg zur Grenze. Sie habe dabei durchaus nicht den Eindruck gehabt, heißt es, dass dies der «Fall der Mauer» gewesen sei. Zu Recht, denn die Mauer ist tatsächlich erst Monate später abgebaut worden.

Der damalige Regierende Bürgermeister von Westberlin, Momper, nannte den 9. November 1989 korrekt «einen Tag des Wiedersehens, nicht der Wiedervereinigung»

Mein Entscheidungsspielraum an jenem Abend war äußerst eng. Praktisch ging es um die Frage: Lassen wir den Dingen freien Lauf oder setzen wir die bewaffnete Macht zur Sicherung der Staatsgrenze ein? Letzteres wäre nicht nur ein Spiel mit dem Feuer gewesen, sondern möglicherweise auch mit dem Frieden. Das wurde noch einmal am frühen Morgen des 10. November 1989 deutlich.

Der Botschafter der UdSSR in der DDR, Wjatscheslaw Kotschmassow, rief mich an und teilte mir mit, dass man in Moskau über die Ereignisse der Nacht vom 9. zum 10. November in Berlin beun-

ruhigt sei. Als ich entgegnete, die DDR habe doch ihre neue Reise-  
regelung mit der sowjetischen Seite abgestimmt, sagte er: Abge-  
stimmt sei nur die Öffnung der Grenze zwischen den beiden deut-  
schen Staaten, nicht aber die Öffnung der Grenze in Berlin.

In Berlin gelte das Viermächteabkommen. Die DDR hätte deshalb  
kein Recht gehabt, die Grenze in Berlin zu öffnen.

Nachdem ich erwidert hatte, die Alternative zur Öffnung wäre ein  
Blutvergießen gewesen, sagte er: «Ja, das sehe auch ich so.»

Er empfahl mir, ein Staatstelegramm an Michael Gorbatschow zu  
schicken und ihn über alle Einzelheiten der Grenzöffnung zu in-  
formieren.

Am späten Vormittag des 10. November lies Gorbatschow mir als  
Antwort mitteilen: Herzlichen Glückwunsch zu der mutigen Ent-  
scheidung, die «Grenzübergänge zu öffnen».

Mit Bundeskanzler Kohl war ich mir in einem Telefongespräch ei-  
nig, dass die «Öffnung der Grenze» keineswegs ihre Beseitigung  
bedeutet.

US-Präsident Bush telegrafierte mir: Die USA begrüßen «Ihre Ent-  
scheidung, die Grenzen der DDR ... zu öffnen ...»(20).

In den vielen Telegrammen und Botschaften der Staatsoberhäupter  
und Regierungschefs an mich war immer die Rede von der «Grenz-  
öffnung auf Beschluss der DDR-Regierung». Niemand nannte dies  
damals einen gewaltsamen «Marsch auf die Mauer».

„Mauerfall“ und „Sturm auf die Mauer“ sind ideologische Begriffe  
im Nachhinein, um vergessen zu machen, dass es letztlich eine sou-  
veräne Entscheidung der DDR war, ihre Grenzen zu öffnen.

Am 10. November machte Gorbatschow den Bundeskanzler auf die  
Gefahren aufmerksam, die mit der Öffnung verbunden waren.

Er warnte Helmut Kohl: «Bei den gegenwärtig faktisch offenen  
Grenzen und den gewaltigen Menschenströmen in beiden Richtun-  
gen kann eine chaotische Situation mit unübersehbaren Folgen ent-  
stehen...» (21) Gorbatschow forderte Helmut Kohl auf, «die not-  
wendigen und äußerst dringlichen Maßnahmen zu treffen, damit

---

20 Staatstelegramm von US-Präsident George Bush an den Staatsratsvorsitzenden der  
DDR, Egon Krenz, Archiv des Autors.

21 Mündliche Botschaft von M.S. Gorbatschow an Bundeskanzler Helmut Kohl vom  
10. November 1989. Archiv des Autors



eine Komplizierung und Destabilisierung der Situation nicht zugelassen wird.“ (22)

Die Geschichte ist bekanntlich nie alternativlos. Auch an diesem Abend war sie es nicht.

Die unvernünftige Alternative zu der Art der Grenzöffnung wie sie stattgefunden hat, wäre eine mögliche bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung oder gar eine militärische Aktion gewesen, in die vermutlich auch die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hätten mit hinein bezogen werden können.

Am Abend des 9. November 1989 flossen beiderseits der geöffneten Grenzübergänge in Berlin Tränen der Freude und Sekt. Dass es kein Blut war, nennen manche noch heute ein Wunder.

Für dieses «Wunder» sind in erster Linie die Sicherheitsorgane der DDR, vor allem ihre Grenztruppen, verantwortlich, die an jenem Abend mit großem Verantwortungsbewusstsein ein Blutvergießen verhindert haben.

Meine Damen und Herren,

Häufig werde ich aufgefordert: Sag bitte in einem Satz: **Woran ist die DDR zugrunde gegangen?** Ehrlich gesagt: Das kann ich nicht.

Das Thema ist viel zu komplex. Es ist eine Mischung aus subjektiven und objektiven, aus innenpolitischen und außenpolitischen Faktoren. Müsste ich es dennoch in einem Satz sagen, würde ich an Lenin erinnern:

«Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.“(23)

Wahrscheinlich haben wir damals in allen sozialistischen Staaten nicht begriffen, dass dieser Satz im Umkehrschluss auch eine Warnung enthält, nämlich die: Die neue Gesellschaftsordnung wird unterliegen, wenn sie keine höhere Arbeitsproduktivität erreicht als der Kapitalismus. Es mag in manchen Ohren altmodisch klingen, für mich aber ist es aktuell: Der Marxismus ist nicht obsolet.

---

22 Mündliche Botschaft von M.-S. Gorbatschow an Bundeskanzler H. Kohl vom 10. November 1989. Archiv des Autors.

23 Lenin, „Die große Initiative“, Lenin-Werke, Bd. 29, S. 408 – 417, Dietz-Verlag Berlin, 1976.

Es gibt wahrscheinlich viele unterschiedliche Erklärungsmuster für das Ende des realexistierenden Sozialismus. Man kann alles den alten Herrn an der Spitze anlasten.

Man kann auch der Meinung sein, das Experiment Sozialismus hätte gar nicht begonnen werden dürfen. Oder auch oberflächlich behaupten, der «Sozialismus sei an sich selbst gescheitert.»

Doch mit einer seriösen Analyse hat das nichts zu tun.

Wissenschaftlich lässt sich das Ende des europäischen Sozialismus nur mit Hilfe des historischen Materialismus und der materialistischen Dialektik erklären.

Der Untergang der DDR war kein Betriebsunfall der Geschichte, den nur einige Persönlichkeiten durch ihre falsche Politik verursacht haben. Die DDR wurde in ihrer wechselvollen Geschichte oft geschwächt durch politischen Boykott, ökonomische Blockaden und wissenschaftlich-technisches Embargo. Die DDR ist im Kampf der Systeme zerbrochen. Dies hängt zusammen mit geschichtlichen Bedingungen und objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten.

Wenn ich hier einige davon nenne, drückt die Reihenfolge keineswegs die Rangfolge aus.

Aus meiner Sicht sind entscheidende Ursachen für den Niedergang der DDR:

### **1. Historische:**

Ostdeutschland hat an der Spaltung Deutschlands stärker gelitten als Westdeutschland. Schon bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik haben seine Autoren 1949 einem ostdeutschen Staat die Existenzberechtigung abgesprochen. So hieß es: „Alles deutsche Gebiet außerhalb der Bundesrepublik sei als Irredenta“, also als Gebiet unter Fremdherrschaft anzusehen, „deren Heimholung mit allen Mitteln zu betreiben wäre.“ Und wer sich dem nicht unterwerfe, sei „als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen«(24). In puncto industrieller Entwicklung gab es schon in der Vorkriegszeit ein West- Ostgefälle, das die DDR geerbt hatte. Bis Ende der 50er Jahre hatte die DDR ihre Politik auf ein einheitliches Deutschland ausgerichtet. Dies kommt auch in ihrer Nationalhymne zum Ausdruck, in der es hieß: „Lass uns dir zum Guten die-

---

24 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1952, Nr. 39, Seite 401

nen, **Deutschland einig Vaterland**“. Das war der Gegenentwurf zum deutschen Nationalismus, der der Welt verkündet hatte: «Deutschland, Deutschland über alles.» Die Bundesrepublik hatte von Anfang an den Anspruch, für „alle Deutschen zu sprechen“. Sie weigerte sich, die Staatsbürgerschaft der DDR zu respektieren. Diese Politik, bekannt auch als „Hallsteindoktrin“, hat die DDR Jahrzehnte isoliert, ihr politischen und ökonomischen Schaden zugefügt sowie den Reiseverkehr der Bürger behindert. Wenn man in Bonn von «Wiedervereinigung» sprach, dann meinte man – wie es im dortigen Sprachgebrauch hieß – die «Befreiung der DDR von der bolschewistischen sowjetischen Gewaltherrschaft». Priorität hatte für Bonn immer die Westintegration. Der Leitsatz dafür war: «Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb».

## 2. Kriegsbedingte:

Ganz Deutschland hatte den Zweiten Weltkrieg verloren, aber nur Ostdeutschland und später die DDR mussten dafür zahlen. Deutschland hatte vor allem den Nachbarn im Osten ungeheuren Schaden zugefügt. Die Sowjetunion konnte wegen der Zerstörung ihres Landes auf Wiedergutmachung nicht verzichten. Die DDR-Reparationsleistungen waren 25-mal höher als die der alten Bundesrepublik. Auf pro Kopf der Bevölkerung umgerechnet, zahlte jeder DDR-Bürger 16 124 DM für Reparationen, während auf einen Bundesbürger gerade mal 126 DM kamen. Die BRD bekam den Marshallplan – die DDR zahlte die Reparationen. Das war eine ungleiche Arbeitsteilung. Nach Kriegsende gab es beispielsweise in Westdeutschland 100 intakte Hochöfen, im Osten lediglich 4, die noch dazu kriegsbeschädigt waren. Professoren der Bremer Universität haben 1989 errechnet, dass die alte Bundesrepublik der DDR dafür eigentlich einen Lastenausgleich mit Zins und Zinseszins in einer Höhe von 727 Milliarden DM hätte zahlen müssen.

Wer im Westen noch heute geringschätzig auf die Arbeitsergebnisse der DDR-Bürger blickt, sollte sich wenigstens einen kurzen Moment lang einmal vorstellen, wie der Vergleich ausfallen würde, **wenn sich die beiden deutschen Staaten unter umgekehrten politischen und ökonomischen Bedingungen hätten entwickeln müssen?**

Ich stelle ungern hypothetische Fragen, doch angesichts der permanenten Negierung der Leistungen der DDR-Bürger durch Politik und Medien, frage ich doch:

Welche Ergebnisse die alte Bundesrepublik erzielt hätte, wenn auf ihrem Territorium die Kriegsschäden größer und die durch die Spaltung Deutschlands verursachten wirtschaftlichen Disproportionen wesentlich stärker als die im Osten gewesen wären, wenn sie statt Marshallplanhilfe zu erhalten die riesige Reparationsschuld für ganz Deutschland hätte abtragen müssen, wenn sie statt der aus dem Krieg gestärkt hervorgegangenen USA die vom Krieg zerstörte Sowjetunion und die weit zurückgebliebenen Länder Osteuropas über Jahrzehnte als Wirtschaftspartner an ihrer Seite gehabt hätte, wenn sie durch Embargomaßnahmen keinen gleichberechtigten Zugang zum Weltmarkt und zur Hochtechnologie gehabt hätte und zudem mit einem ökonomisch potenten Nachbarstaat konfrontiert gewesen wäre, der nichts unversucht gelassen hätte, ihr das Lebenslicht auszublasen?

Natürlich, jegliche „Was-wäre-wenn-Diskussion“ ist eigentlich unfruchtbar, historische Abläufe verändert sie ohnehin nicht. Aber **eine** Schlussfolgerung lässt sie im vorliegenden Falle doch zu: Der ökonomische Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Realsozialismus fand auf deutschem Boden unter höchst **ungleichen** Bedingungen statt, die im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf als unlauter und im Sport schlicht und einfach als unfair bezeichnet werden würden.

Der Umstand, dass die kapitalistische Marktwirtschaft über jahrhundertlange Erfahrungen verfügt, die realsozialistische Planwirtschaft dagegen häufig über ein Experimentierstadium nicht hinaus kam und wiederholte Reformversuche im Gestrüpp ideologischer Doktrinen und Bündnispflichten hängenblieben, hat diese Ungleichheit zusätzlich vertieft.

So bleibt auch die These, dass der Kapitalismus dem Sozialismus ökonomisch haushoch überlegen ist, anfechtbar.

Auf deutschem Boden jedenfalls wurde ein überzeugender Beweis dafür, der **gleiche Bedingungen** erfordert hätte, nicht erbracht.

### **3. Ökonomische Ungleichheit:**

Nicht alle, aber viele Beschränkungen, mit denen DDR-Bürger leben mussten, basierten auf ökonomischen Zwängen. Wenn man heutzutage von der „Mangelwirtschaft der DDR“ spricht, wird vergessen, dass die DDR vor allem einen ständigen Mangel an Rohstoffen hatte, der sich negativ auf ihre Wirtschaft auswirkte. Hinzu kommt,

dass die Unsicherheiten im deutsch - deutschen Handel die DDR zwangen, eine eigene Schwerindustrie aufzubauen, was ungeheure Kosten verursachte. Die Konsumgüterindustrie, einschließlich des Automobilbaus, kam dadurch zu kurz. Der symbolische Wettstreit der Weltmarke «Mercedes» gegen das kleine Familienauto «Trabant» war ungleich und konnte letztlich durch die DDR nicht gewonnen werden. 1950 betrug der Rückstand der Arbeitsproduktivität der DDR gegenüber der jungen Bundesrepublik ca. 60 bis 70 Prozent. Zwar konnte die DDR aufholen, aber 1989 betrug dieser Rückstand noch immer 45 Prozent. Darin liegt auch eine Ursache dafür, dass zu wenig Mittel zur Verfügung standen, um wichtige Wünsche der DDR-Bürger zu befriedigen. Nach einer Umfrage, die 1988 stattfand, waren viele DDR-Bürger unzufrieden, weil sie zu lange auf ein Auto warten mussten, lückenhaft mit hochwertigen Konsumgütern wie Farbfernsehern und Videorecordern versorgt wurden und nicht ganzjährig Zugriff auf Importwaren wie Südfrüchte hatten. An erster Stelle ihrer Forderungen stand jedoch die Reisefreiheit.

#### **4. Spaltung der Währungen:**

Das eigentliche Datum der deutschen Spaltung war der 20. Juni 1948 als die westlichen Alliierten für Westdeutschland und Westberlin eine eigene Währung einführten. Diese separate Währungsreform ermöglichte der Bundesrepublik einen wirtschaftlichen Aufschwung, der unter dem Namen „Wirtschaftswunder“ in die Geschichte einging, während Ostdeutschland eine nichtkonvertierbare Währung behielt und dadurch faktisch vom westlichen Markt ausgeschlossen wurde. Während die Bundesrepublik mit den USA und anderen westlichen Staaten starke Wirtschaftspartner hatte, war die DDR mit den östlichen wirtschaftsschwachen Staaten verbunden, die zudem alle unter wesentlich größeren Zerstörungen des Krieges zu leiden hatten als die Unterstützer der BRD. Der Marshallplan war die politische und ökonomische Strategie der USA, um die Bundesrepublik zum „Schaufenster für den Osten“ zu machen. Berlin wurde eine Stadt mit zwei Währungen, der konvertierbaren Deutschen Mark und der nichtkonvertierbaren alten Reichsmark bez. später der Mark der DDR. Dies war zum Vorteil der West- und zum Nachteil der Ostberliner. Die D-Mark war in Westberliner Wechselstuben zu einem spekulativen Kurs in DDR-Währung ein-

tauschbar. Abwerbungen von Fachleuten waren an der Tagesordnung. Das konnte die DDR ökonomisch nicht länger verkraften. Trotz dieser Nachteile war die DDR 1989 nicht pleite – wie das bestimmte Leute bis heute gern behaupten. Die DDR hat bis zu ihrem Ende jede Rechnung bezahlt und hatte zudem in manchen Ländern auch Guthaben.

### **5. Der Kalter Krieg:**

Die Grenze quer durch Deutschland war militärisch gesichert wie keine zweite auf der Welt. Sie war System-, Bündnis- und Wirtschaftsgrenze. An dieser Trennlinie wurde mitentschieden, dass aus dem Kalten Krieg kein heißer wurde. Es waren Soldaten und Waffen stationiert, die ausgereicht hätten, dass sich beide gesellschaftlichen Systeme gegenseitig hätten vernichten können. Die DDR war im Osten das Hauptaufmarschgebiet der Warschauer Militärkoalition und die BRD im Westen das der NATO. Die daraus entstehenden ökonomischen Belastungen schwächten die Investitionsmöglichkeiten der DDR erheblich.

### **6. Defizite bei Ausgestaltung der Demokratie:**

Nach der Theorie sollte die sozialistische Demokratie der bürgerlichen, die weitgehend formalen Charakter besitzt, überlegen sein. Sie hätte es auch sein können und müssen. Auf manchen Gebieten war sie es auch. Es wurde jedoch lange versäumt, machbare Reformen des politischen Systems und zur Ausgestaltung des sozialistischen Rechtsstaats einzuleiten. Dies betraf auch freie und geheime Wahlen unter öffentlicher Kontrolle, die Souveränität der Parlamente von unten bis oben und die Mitwirkung der Bürger.

### **7. Unterschätzung der Rolle der Theorie:**

Friedrich Engels lobte einst den theoretischen Sinn in der deutschen Arbeiterbewegung. Der wurde bedauerlicher Weise in unserer Politik unterschätzt. Zwar wurde immer wieder die Bedeutung des Marxismus-Leninismus betont, doch in der Praxis wurde er stark auf die Kommentierung und Popularisierung der Parteibeschlüsse eingeeengt. Die Folge davon war, dass die marxistische Theorie ihre Funktion als ein Instrument der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, als Ideengeber und kritischer Begleiter der Politik von Partei und Staat einbüßte. Aus dem Zusammenhang gerissenen Zi-

tate von Marx, Engels und Lenin wurden allzu oft als Rechtfertigung für praxisferne Beschlüsse missbraucht.

### **8. Systemkrise in allen europäischen sozialistischen Ländern.**

Die sozialistischen Länder Europas haben seit den siebziger Jahren versäumt, die wissenschaftlich-technischen Revolution zu nutzen. Sie blieben im ökonomischen Wettbewerb mit dem Westen zurück. Ihr Planungssystem entsprach nicht mehr den Notwendigkeiten. Die Zusammenarbeit im RGW funktionierte nicht mehr. Die Wirklichkeit entfernte sich immer stärker vom Ideal des Sozialismus. Es kam zu einem Vertrauensverlust großer Teile der Bevölkerung zu den Staatsführungen.

### **9. Das Schicksal der DDR war untrennbar mit dem der UdSSR verbunden.**

Die DDR war immer Teil des Ganzen, das vom Stillen Ozean im Osten bis zur Elbe und Werra im Westen reichte. Seit Ende der siebziger Jahre spürte die DDR-Führung, dass es Schwierigkeiten in den Beziehungen mit der UdSSR gab. 1982 schickte Leonid Breschnew den ZK-Sekretär Russakow zu Erich Honecker, um mitzuteilen, dass die UdSSR nicht mehr in der Lage war, die vereinbarten Mengen an Erdöl zu liefern. Das traf den Lebensnerv der DDR. Sowjetisches Erdöl war eine Lebensader unserer Volkswirtschaft.

Begründet wurde die Mitteilung mit «Unglück, das über die Sowjetunion gekommen sei» (25).

Es hieß, die Sowjetunion sei in einer dramatischen Phase wie seinerzeit Sowjetrußland zu Zeiten des Brester Friedens.

Wir rätselten, was das wohl bedeuten sollte? Man hat es uns nie gesagt. Beim Brester Frieden ging es bekanntlich um Sein oder Nichtsein Sowjetrußlands. Sollte es 1982 wirklich so schlimm um die Sowjetunion stehen? Wir wollten es nicht glauben.

Statt eine eigene Bestandsaufnahme zu machen und mit der Bevölkerung darüber offen zu sprechen, beschworen wir in der DDR die Kontinuität, die sich angesichts der neuen Bedingungen nicht aufrechterhalten ließ.

Die Bevölkerung der DDR war nicht nur gut gebildet, sie war auch politisch sehr interessiert. Sie hätte ein offenes Wort – und wäre es noch so hart gewesen – gut verstanden. Während unsere Medien

---

25 Gesprächsprotokoll Erich Honecker mit Genossen Russakow. Archiv des Autors.

eine heile Welt schilderten, merkten die Bürger, wie weit sich Ideal und Wirklichkeit voneinander entfernt hatten.

**Und damit bin ich bei einem übergreifenden Problem.** Als die inneren und äußeren Schwierigkeiten zunahmen, verlernte das Politbüro, das Erich Honecker leitete und dem ich angehörte, auf die **Stimmung der Bevölkerung** zu hören. Das belastete das Vertrauensverhältnis zwischen Führung und Bevölkerung.

Wenn ich über den Anteil der DDR an ihrer Zerstörung spreche, erinnere ich an einen weiteren Gedanken Lenins, der das Problem auf den Punkt bringt: „Alle revolutionären Parteien», sagte er, «die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, **dass sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft lag, dass sie sich scheuten, von ihren Schwächen zu sprechen**“ (26).

Mit der Wahl Gorbatschows zum KPdSU Generalsekretär gab es wahrscheinlich die letzte Möglichkeit, eine gemeinsame Strategie aller europäischen sozialistischen Staaten zu erarbeiten. Diese Chance wurde vertan.

Ich habe am 12. und 13. März 1985 Honecker zur Trauerfeier für Generalsekretär Tschernenko begleitet. Vom ersten Tage an, als Gorbatschow das Zepter übernahm, war ich dabei.

Als wir in Berlin ins Flugzeug stiegen, wussten wir noch nicht, wer in Moskau neuer Generalsekretär werden würde. Nachdem wir gelandet waren, empfing uns der legendäre Gromyko, Außenminister und Politbüromitglied, der 1945 schon Stalin bei der Potsdamer Konferenz begleitet hatte. Er versammelte uns in kleiner Runde und teilte uns die Neuigkeit mit. Das Zentralkomitee habe, sagte er, Michael Sergejewitsch Gorbatschow gewählt. Er, Gromyko, habe den Vorschlag unterbreitet. Dann machte er eine kleine Pause, guckte jedem von uns ins Gesicht, um schließlich zu sagen:

„Eigentlich hätte man auch mich wählen können. Aber ich wollte Euch nicht zumuten, dass Ihr nächstes Jahr schon wieder zur Beerdigung kommt.“

Der erfahrene Partei- und Staatsfunktionär hatte damit das eigentliche Dilemma ausgesprochen: Nachdem innerhalb von nur drei Jah-

---

26 W.I. Lenin, Schlusswort zum politischen Bericht des ZK der KPR (B), Band 33, Seite 297, Dietz-Verlag Berlin, 1962.



ren drei Generalsekretäre der KPdSU gestorben waren und sich das Land in einer tiefen Stagnation befand, hatte man nun endlich einen Jüngeren gewählt, dem man zutraute, das Ruder in Richtung Festigung des Sozialismus rumzureißen. Wie Millionen Menschen in der Welt, sah auch ich in ihm einen Hoffnungsträger.

Ich war überzeugt, dass der Schulterschluss mit Moskau für die DDR eine Lebensfrage war, unabhängig davon, wer dort regiert.

Gorbatschow sprach bald vom «Neuen Denken». Die Sache hatte nur einen Haken: Der Westen dachte überhaupt nicht daran, neu zu denken. Die NATO rüstete auf, während die UdSSR das militärische Gleichgewicht aufgab.

Als Gorbatschow bei seinem Treffen mit Bush auf Malta einseitig den Kalten Krieg für beendet erklärte, rief Bush die USA als Sieger dieses Krieges aus. Damit bewies er, dass er an einer wirklichen Einstellung der Feindseligkeiten gar nicht interessiert war. Tatsächlich ging der Kalte Krieg weiter.

Rückblickend auf 1989 erklärte Brent Scowcroft, Sicherheitsberater mehrerer amerikanischer Präsidenten: „Wir hatten einen Plan, Gorbatschow nicht.“ Das scheint mir der Kern zu sein, den ich mit eigenem Wissen ergänzen kann:

Zur Jahreswende 1988/89 gab mir Erich Honecker eine streng geheime Information zum Lesen. Er hatte sie von einer zuverlässigen Quelle aus dem Weißen Haus erhalten. Darin stand: „Der neue US-Präsident denkt nicht daran, eine strategische Partnerschaft zwischen den USA und der UdSSR, wie sie Gorbatschow anstrebt, einzugehen. Nicht die USA müssten Gorbatschow entgegenkommen, sondern Gorbatschow müsse den USA entgegenkommen“

Der Plan der USA wurde auf dem NATO-Gipfel in Brüssel Ende Mai 1989 erörtert. Die USA sahen in Folge der Destabilisierung der Sowjetunion die Chance, zu erreichen, was ihnen durch keinen heißen Krieg möglich geworden wäre: Die UdSSR und ihre Verbündeten zur Kapitulation zu zwingen.

Der deutsche Bundesminister Wolfgang Schäuble ließ vor einigen Jahren die Leser der Zeitung „neues deutschland“ wissen, dass ihm der US Botschafter Vernon A. Walters schon im April 1989 gesagt habe, dass noch in dessen Amtszeit die „Wiedervereinigung“ kommen werde. Damals gingen alle Realpolitiker noch davon aus,

dass es auf Jahrzehnte keine Vereinigung der beiden deutschen Staaten geben werde.

Hellseherisch wie der amerikanische Botschafter konnte also nur jemand sein, der Mitautor der Konzeption zur Ausschaltung der UdSSR als Kontrahent war. Er war ja ein Spezialist für die Organisation von Umstürzen in anderen Ländern. Inzwischen ist klar, dass es den USA keineswegs nur um die deutsche Einheit ging. Sie war nicht ihr Hauptziel.

**Sie war lediglich ein Mittel, um die Streitkräfte der UdSSR aus dem Zentrum Europas zu drängen.** Die USA sind noch heute da. Ihre Atomwaffen auch. Condoleezza Rice, die spätere Außenministerin der USA, bekannte nachträglich: Mit dem vereinten Deutschland eingebettet in die NATO, war «Amerikas Einfluss in Europa gesichert.» (27)

Als 1989 Mauern fielen, war dies für viele Menschen mit der Hoffnung verbunden, dass keine neuen errichtet werden. Davon sind wir aber in der Welt- und Europapolitik weit entfernt.

Deutschland ist nach 1990 nicht friedlicher, nicht sozialer, nicht gerechter geworden. Deutschland ist staatsrechtlich vereint, aber sozial, ökonomisch und auch mental weiter gespalten.

Das Volkseigentum der DDR wurde liquidiert. Nur 5 Prozent davon blieb in ostdeutschen Händen, 85 Prozent ging in westdeutschen und 5 Prozent in internationalen Besitz über.

Im Osten gibt es eine höhere Arbeitslosigkeit als im Westen, die Löhne und Renten sind hier auch noch niedriger. Der Grundsatz, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Renten für gleiche Lebensleistungen ist nicht verwirklicht.

Über 100 000 Wissenschaftler der DDR - Ihre Kollegen aus Universitäten und Akademien der DDR - wurden quasi über Nacht zu Rentnern, Frührentnern oder Arbeitslosen.

Obwohl Ostdeutschland ca. 20% der Bevölkerung der Bundesrepublik stellt, sind nur ca. 5% der Ostdeutschen in Führungspositionen von Politik, Justiz, Armee, Medien, Kultur und Vorständen von Unternehmen.

Dass Bundespräsident und Bundeskanzlerin aus dem Osten kommen, hängt nicht mit deren DDR-Biografien zusammen. Vielmehr

---

27 C. Rice, Es ging um den Jackpot, In: Der Spiegel 39/2010, S. 53 f.

wurden sie gewählt, nachdem sich westdeutsche Kandidaten für diese Funktionen politisch-moralisch verbraucht hatten.

Meine Damen und Herrn, vielleicht ist Ihnen aufgefallen:

Ich spreche **nicht vom Scheitern** des Sozialismus, sondern von seiner **Niederlage**. Für mich ist das keine formale Frage der Wortwahl. **Scheitern** hat etwas Endgültiges an sich. **Niederlage** ist eher etwas Zeitweiliges.

Wenn der Sozialismus gescheitert wäre, könnte das ja auch bedeuten, dass er auch in Zukunft keine Chance mehr hätte und der Kapitalismus doch das Ende der Geschichte wäre.

Der Sozialismus – wie immer man ihn in verschiedenen politischen Lagern nennen mag – ob Früh- oder Staatssozialismus, ob sowjetisch geprägter, realexistierender oder sogenannter – er war weltgeschichtlich bisher die einzige reale Gegenmacht zum Imperialismus. Es gibt viel Kritisches über ihn zu sagen. Doch auch viel Gutes.

Was wäre wohl aus Europa und der Welt geworden, wenn die Sowjetunion dem deutschen Faschismus nicht den entscheidenden Schlag versetzt hätte? Wie hätten sich die Kolonialmächte gegenüber ihren Kolonien verhalten? Der Zerfall des Kolonialsystems ohne die Wirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist nicht vorstellbar. Ohne den Sozialismus hätte es möglicherweise nicht nur einen kalten, sondern einen neuen, dritten heißen Weltkrieg gegeben.

Die Geschichte ist kein gradliniger Weg zum gesellschaftlichen Fortschritt. Es gibt auch Epochen des Rückschritts und der Stagnation. Die Entwicklung der Produktivkräfte mit allen ihren Auswirkungen geht trotzdem voran.

Damit werden früher oder später neue und sicher aussichtsreichere Versuche zustande kommen, die Gesellschaft grundlegend zu ändern. Ich bin da ein Optimist.

Gestatten Sie mir bitte zum Schluss noch ein ganz persönliches Wort. Freundschaften, die in der Jugendzeit entstehen und bis ins Alter halten, haben neben persönlicher Sympathie ihre Ursache auch darin, dass man die Ideale und die politischen Ansichten teilt, für die man lebt. So verhält es sich mit vielen Freunden, die ich hierzulande schon zu Sowjetzeiten hatte. Diese Freundschaften haben alle politischen Wendungen und Stürme des Lebens überstan-

den. Es waren – wie wir damals sagten – Komsomolfreundschaften. Zu ihnen gehören die früheren Komsomolleiter, meine Weggefährten Jewgenij Tjaschelnikow, Boris Pastuchow und Viktor Mischin. Ihre Solidarität habe ich besonders gespürt, als ich in Deutschland in Haft war. Jewgenij Michailowitsch Tjaschelnikow hat sie koordiniert, so dass ich eine Vielzahl von Solidaritätsbekundungen aus Russland direkt in die Zelle bekam. Dafür möchte ich mich heute ganz herzlich bedanken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.  
Ich bin gern bereit, Ihre Fragen zu beantworten.